

**Anzeigenpreise:**  
 Die achtspaltige Zeile 40 S.  
 Inserate für auswärts 50 S.  
 Arbeitsmarkt und  
 Wohnungsangelegenheiten 20 S.  
 Die viergespaltige  
 Neblanzeile 150 S.  
 Bei Wiederholungen Rabatt.  
 Inserate müssen zwei Tage vor  
 Erscheinen der Zeitung in unsern  
 Händen sein.

# Volkswacht

Die Volkswacht erscheint täglich  
 mit Ausnahme der Sonn- und  
 Feiertage.  
**Bezugspreise:**  
 In Danzig durch unsere  
 Zweigstellen monatlich 1,80 M.  
 vierteljährlich 4,80 M.  
 Durch d. Post bez. auherd.  
 Zustellgebühr monatlich 14 S.  
 Einzelnummern 15 S.  
 Postfachkonto Danzig 2045.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen  
 Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Redaktion:  
 Spandhaus 6 :: Telephon 720

Expedition:  
 Spandhaus 6 :: Paradiesgasse 32  
 Telephon 3290

Nr. 202 Montag, den 1. September 1919 10. Jahrgang

## Selbstbestimmungsrecht der Völker

### Die große Phrase.

Der deutsche Militarismus war brutal. Das hatte aber einen gewissen Vorzug. Offen verkündete er seine gewalttätigen Ziele vor der ganzen Welt. Die deutschen Generale traten während des Krieges dafür ein, daß wir Belgien und halb Frankreich annectieren mußten, weil die militärische Sicherheit Deutschlands das erfordere. Die Entente machte sich diese Annectionslust der deutschen Militärs zu Nutze. In der ganzen Welt wurde eine heftige Propaganda entfaltet und betont, daß man gegenüber der deutschen Politik, die alle Völker vergewaltigen wolle, für das Selbstbestimmungsrecht der Völker eintreten müsse. Die ganze Welt fiel auf dieses Wort hinein, sogar unsere Unabhängigen und extremen Pazifisten. Die Entente galt als der Freiheitsbringer der ganzen Welt, Deutschland als der Unterjocher aller Völker. Sogar die deutschen Annectonisten konnten sich den Einfluß der Phrase vom Selbstbestimmungsrecht nicht ganz entziehen. Als man durch den Frieden von Brest-Litowsk die baltischen Lande von Rußland gewaltsam getrennt hatte, erklärten sich diese auf Grund des Selbstbestimmungsrecht der Völker für einen engen Anschluß an Deutschland. Allerdings sah dieses „Selbstbestimmungsrecht“ eigenartig aus. Man hatte nur einige reaktionäre Kreislinge und Stadtverwaltungen, dazu noch einige junkerliche landwirtschaftliche Vereinigungen bestimmen lassen. Die Duitung für diese Art des Selbstbestimmungsrechtes erhält jetzt Deutschland vom wirklichen Volk in den baltischen Ländern.

Nach dem Zusammenbruch Deutschlands hatte die Entente Gelegenheit, ihren mit so vielem Lärm in die Welt hinausposaunten Programmpunkt zu verwirklichen. Aber auch von dieser Seite erlebten wir nur eine elende Farce des Selbstbestimmungsrechtes. Die früher unterdrückten Völker in Rußland, Oesterreich und Deutschland haben ihre Selbstständigkeit erlangt. Auf das Selbstbestimmungsrecht wurde aber in keiner Weise Rücksicht genommen. So wohnen z. B. im böhmischen Staate neben sechs Millionen Tschechen drei Millionen Deutsche. Eine Vereinigung Deutsch-Böhmens mit Deutsch-Oesterreich wurde ebenso verhindert, wie die Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit der deutschen Republik. In einigen der von Deutschland abzutretenden Gebieten soll eine Volksabstimmung entscheiden. Daß diese Volksabstimmung nur eine gemeine Komödie ist, um die brutale Annecton zu verschleiern, zeigt uns Eupen-Malmedy. Dafür fördert insbesondere Frankreich die Loslösungsbestrebungen gewisser Elemente in den Rheinländern. Auch wenn klar erwiesen ist, daß die große Phrase der werktätigen Bevölkerung von einer Trennung von Deutschland oder Preußen nichts wissen will.

Diese ganzen Gewalttaten, die allen schönen demokratischen Redensarten hohn sprechen, beweisen nur, daß auch die Völker der Entente in ihren eigenen Ländern sich das Selbstbestimmungsrecht erkämpfen müssen. Dort herrschen noch Reaktion und Imperialismus. Erst wenn die Massen der werktätigen Bevölkerung Englands, Frankreichs und Amerikas sich von ihren Gewalthabern befreit haben, wird diese vielgenannte Kriegs-Phrase in einer alle Völker befriedigenden Weise erfüllt werden können.

### Die gewalttätige Trennung Deutsch-Oesterreichs von Deutschland.

Nach dem „Berl. Entlang“ hat der Oberste Rat der Allierten beschlossen, in den Friedensvertrag mit Oesterreich eine Klausel einzufügen, nach der Deutsch-Oesterreich sich nicht ohne Einwilligung des Völkerbundes mit Deutschland vereinigen darf. Im Falle eines Konflikts zwischen Deutsch-Oesterreich und anderen Staaten sind als Schiedsgericht die Großmächte der Allierten bis zur Gründung des Völkerbundes zuständig. — Keuter meldet, daß der Oberste Rat sich noch mit Artikel 66 der neuen deutschen Verfassung beschäftigt, um eine Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit Deutschland zu verhindern. Es wird eine Note vorbereitet, nach der Deutschland aufgefordert werden soll, Artikel 60 seiner Verfassung fallen zu lassen.

Nach der Revolution und dem Zerfall der österreichischen Monarchie strebten die freiheitlichen Kräfte Deutsch-Oesterreichs auf einen Zusammenschluß mit dem deutschen Reich hin. Insbesondere waren es die Genossen Friedrich Adler und Otto Bauer, die die großdeutsche Republik propagierten. Ein alter Traum der Freiheitskämpfer von 1848 schien der Verwirklichung nahe. Die Entente hat hier aber einen Strich durch die Rechnung gemacht und die Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit Deutschland verboten. Besonders war Frankreich gegen die Vereinigung, da es fürchtete, daß Deutschland durch den Zusammenschluß wieder ein starkes würde. Deutsch-Oesterreich soll als abgetrennter Splitter des deutschen Volkes dauernd ein kümmerliches Dasein führen. Eine eigenartige Illustration zu der Phrase vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, für das die Entente während des Krieges angeblich kämpfte.

Wien, 31. Aug. (W. T. B.) In Teplitz in Böhmen trat gestern der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie des ehemaligen Deutsch-Oesterreichs zusammen. Seelig erklärte, daß die deutschen Sozialdemokraten auch in der Tschechoslowakischen Republik für das Selbstbestimmungsrecht weiterkämpfen werden. Hierauf begrüßte Dr. Friedrich Adler die Versammlung mit einer Rede, in der er den Gewaltfrieden beklagte, durch den auch die sozialdemokratische Partei fast die Hälfte ihrer Mitglieder verliere, und zwar die bessere Hälfte, denn dies seien die nordböhmischen Arbeiter, die an dem Sozialismus mitgearbeitet hätten, wie kaum eine andere Arbeiterschicht in Oesterreich. Er forderte jedoch auf, nicht zu klagen, sondern sich zu neuen Zielen zu sammeln.

### Die Vergewaltigung von Eupen-Malmedy.

Ein weiteres Beispiel dafür, daß die Entente das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht anders handhabt, als unsere deutschen Militärs im vorigen Jahr in Rußland, liefert die Gewalttätigkeit der Belgier in den Kreisen Eupen-Malmedy. Darüber berichtet der „Vorwärts“:

Im nordwestlichsten Zipfel des besetzten Gebietes links vom Rheine liegen die Kreise Eupen und Malmedy. In diesen Kreisen soll die Volksabstimmung entscheiden, ob die Gebiete zu Belgien kommen oder bei Deutschland bleiben. In allen anderen Abstimmungsgebieten ist die Abstimmung in der Weise vorgesehen, daß die Bevölkerung in unbeeinflusster Abstimmung sich für Deutschland oder das Ausland entscheiden kann. Nicht aber in Eupen und Malmedy.

Dort übt Belgien einen Terror unerhörtester Art, um die gut deutschgesinnte Bevölkerung zu knechten. Die Art, wie Belgien beabsichtigt, dort die „Volksabstimmung“ durchzuführen, ist glatte Erpressung. Dort soll die Abstimmung nicht geheim sein. Die Bevölkerung soll vielmehr in offenen Listen sich eintragen und dadurch einseitig erklären, ob sie bei Deutschland bleiben wolle. Dabei wird gleichzeitig offen angedroht, daß diejenigen, die sich für Deutschland erklären, für den Fall, daß das Gebiet an Belgien fällt, mit Kind und Kegel abgeschoben werden. Damit trägt man Angst und Schrecken in die deutsche Bevölkerung und will erreichen, daß sie in ihrer Angst sich der Abstimmung überhaupt entzieht. Es ist ein ganz unerhörtes Verfahren, alle Leute, die sich zur Abstimmungsfrage nicht erklären, einfach als für Belgien Stimmende zu erklären. Durch den Terror soll erreicht werden, daß die Bevölkerung, die dort Haus und Hof und ihren Wohnsitz hat, sich der Abstimmung fernhält, um nicht die Ausweisung und den Verlust der Heimat zu riskieren.

Das nennt man das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Das ist kein Selbstbestimmungsrecht, das ist brutale Erpressung, das ist der größte Skandal, der in dieser an Skandalen so reichen Zeit zu verzeichnen ist.

Die deutsche Öffentlichkeit muß aufgerufen werden, rechtzeitig gegen die drohende Gefahr für unsere Landsleute Stellung zu nehmen.

Was sagt das Ausland dazu und was sagen insbesondere die Regierungen der Mächte, die den Friedensvertrag unterzeichnet haben und feierlich alle Garantien für die Selbstbestimmung der Völker versprochen haben? Dort in Eupen und Malmedy wird mit den Knechtungs- und Verfluchungsabsichten gegen die deutsche Bevölkerung neue Saat vergiftenden Hasses ausgestreut. Wenn die hohen Worte von Frieden und Gerechtigkeit nicht zu erbärmlichen hohlen Phrasen werden sollen, dann muß Belgien gegenüber mit aller Rücksichtslosigkeit verlangt werden, daß die Skrupelheiten gegen die deutsche Bevölkerung einzustellen sind und daß die Abstimmung nicht zu einer elenden Komödie wird.

### Der Putz in der Pfalz.

Der von einigen Sonderbündlern mit Hilfe der Franzosen in die Welt geleitete Putz ist von der ganzen Bevölkerung abgelehnt worden. Insbesondere schritten die Arbeiter sofort zu den schärfsten Maßnahmen gegen die Landesverräter.

Seit Freitag nachmittag stehen sämtliche Ludwigshafener Fabriken und Verkehrsmittel still. Die Eisenbahn- und Postbeamten verlangen Freilassung der Verhafteten, widrigenfalls sie sich dem Streit anschließen. Die Bevölkerung ist sehr erregt über das Verhalten der Franzosen, deren Mitwissen und indirekte Unterstützung des Putzes außer Zweifel steht. Die Teilnahme französischer Soldaten an der Schießerei ist dagegen noch nicht sicher festgestellt.

Manheim, 30. Aug. Hier liegen folgende erwiderte Briefe vor. Das Hauptpostamt Ludwigshafen war seit mehreren Tagen von Schulzeuten, Postbedientesten und Arbeitern zum Schutz gegen den bevorstehenden Putz besetzt. Diese Tatsache war den Franzosen bekannt, insbesondere den französischen Kontrolloffizieren. Die gegen 4 Uhr morgens Einlass begehrenden Zivilisten waren niemals eingelassen worden, wenn nicht französische Offiziere und Soldaten sie begleitet hätten. Der Postverwalter wurde im Handgemenge durch einen Unterleibsschuß schwer verletzt und verstarb an Verblutung, da niemand ihm helfen durfte.

Sämtliche Schulzeute und Postbedientesten mußten die Hände hoch halten und wurden so von den Franzosen abgeführt; sie befinden sich noch in Haft. Wer die Zivilisten waren, die eindringen, konnte noch nicht festgestellt werden, da alle Zeugen des Überfalls sich in französischer Haft befinden.

Manheim, 30. Aug. (W. T. B.) Wie die Pfalzzentrale meldet, fand heute mit Genehmigung der französischen Behörden eine Vertrauensmännerversammlung in Ludwigshafen statt, an der rund 2000 Männer aller Parteien und die Führer aller Gewerkschaften teilnahmen. Einmütig wurde eine Entschliebung angenommen, in der es heißt: Die Arbeiterschaft Ludwigshafens wird am Montag wieder die Arbeit aufnehmen. Sie erwartet jedoch von den französischen Behörden, daß alle unschuldig Verhafteten sofort auf freien Fuß gesetzt werden. Ist das bis Montag nicht der Fall, wird die Arbeit in der ganzen Pfalz eingestellt. Weitere Vergewaltigungen der persönlichen Freiheit werden durch entsprechende Aktionen der Arbeiter und Bürgerschaft beantwortet werden. Die Presse- und Versammlungsfreiheit ist sofort herzustellen, ebenso die volle Bewegungsfreiheit für die Regierungen und Verwaltungsstellen.

### Nach dem Sturze der Bolschewiki...

Aus Kopenhagen wird dem „Vorwärts“ gemeldet: Die neue Regierung von Nordwestrußland läßt in Stockholm neue Schemen im Gesamtbetrag von 350 Millionen Rubel drucken. England soll einen Kurs von 40 Rubel für 1 Pfund Sterling garantiert haben. Die Schemen sollen als obligatorisches Zahlungsmittel auf russischem Boden gelten und 3 Monate der Einnahme Petersburgs außer Kurs gesetzt werden.

Zuvor muß Petersburg aber doch erst eingenommen sein. Entweder denken die Bolschewiki noch nicht an die Räumung der Stadt; immerhin zeigt der Plan, wie sicher England mit dem Sturz der Sowjet Herrschaft in naher Zukunft rechnet.

### Abbau des Hungers.

Von bestunterrichteter Seite wird uns geschrieben: Unter den wenigen erfreulichen Symptomen, die als Vorboten dafür genommen werden können, daß dem augenblicklichen Tiefstand des deutschen Volkes eine Zeit des Aufstiegs folgen wird, ist die Verbesserung der deutschen Ernährung als das Hervorragendste anzuspochen. Diese erfreuliche Erscheinung ist zwar zum Teil eine Folge des Aufhörens der Feindseligkeiten, zum nicht geringen Teil aber ist sie der Politik zu danken, die das Reichsernährungsministerium unter der Leitung Robert Schmidts geschrieben hat.

Als Robert Schmidt am 13. Februar 1919 das Erbe Emanuel Warms antrat, waren die Zukunftsaussichten der deutschen Ernährung geradezu hoffnungslos. Trotzdem die Fleischversorgung beispielsweise im Laufe des Winters auf ein Fünftel des Friedenskonsums zurückgegangen war, ging die Warmsche Politik dahin, die Wochenration ohne jegliche Deckung zu erhöhen. Ebenso war die Milchversorgung dauernd übererworben, und Eier waren ebenfalls wenig vorhanden wie Hülsenfrüchte. Bei dem Rücktritt Warms besorgte insbesondere seines mangelnden Ueberblicks eine große Desorganisation der Reichsernährungswirtschaft, die äußerlich in einer ständigen Minderung der staatlichen Autorität den Produzenten wie dem Handel gegenüber in Erscheinung trat. Nichtablieferung und Scheinhandel erreichten unter Warm ihren höchsten Stand.

Die erste Aufgabe Schmidts bestand daher darin, neue physiologische Voraussetzungen für die deutsche Ernährungspolitik zu schaffen und die Wirkungen der Warmschen Aktion, daß die Lage Deutschlands hinsichtlich der Ernährungsfrage hoffnungslos war, und daß jede Arbeit für die Aufrechterhaltung dieser Wirtschaft ein müßiges Beginnen wäre, aufzuheben. Der neue Ernährungsminister vertrat von Anfang an mit Entschlossenheit die Ansicht, daß die Besserung der Ernährung die erste Bedingung für die Behandlung des ganzen Volkstörpers in physischer, sozialer und wirtschaftlicher Beziehung sei. Aus dieser Grunde galt für ihn als erstes Ziel, seiner Politik alle Wege zu eröffnen, die zur Verbesserung von Lebensmitteln führen konnten. Dazu gehörte zunächst die Erhaltung der vorhandenen Lebensmittel mit allen Mitteln, weiter die Förderung der einheimischen lebensmittlerzeugenden Wirtschaft, die Senkung der Lebensmittelpreise und die Senkung der Produktionskosten. Die ersten Schritte nach dieser Richtung bewegten sich auf politischem und ethischem Gebiet. Es galt, widerpenigliche Beamte zur Mitarbeit geßig zu machen oder zu entfernen, die Landwirtschaft für die Bevölkerung zu gewinnen und neue Methoden für die weitere Besserung der Verteilung zu finden. Nur der anderen Seite galt es auch, Druck zu machen gegen die Neigung der Produzenten, sich von der Zwangswirtschaft zu befreien.



Mehr Selbstachtung!

Diese zwei bedeutenden Worte müßten tief in den Herzen unse- rer Genossen und Genossinnen wurzeln. Aber leider kann man täg- lich und ständig bei allen Gelegenheiten, wo sich um die hohe Politik handelt, beobachten, wie wenig Selbstachtung unsere Ge- nossen vor ihrer eigenen inneren Ueberzeugung haben. Möge es eine Gewerkschafts- oder eine politische Versammlung sein, wo über dies oder jenes gesprochen wird, derjenige hat gewiß die Mehrheit hinter sich, der am lautesten schreien kann. Ob die ausgesprochenen Forderungen des radikalen Redners in der Praxis durchführbar sind, fragen die wenigsten danach, trotzdem ein großer Teil sehr oft innerlich der Ueberzeugung ist, daß die dort angenommenen Re- sultationen oder der betreffende Antrag einfach unmöglich ist. Schon in den Gewerkschaftsversammlungen müssen unsere Genossen den Mut ausbringen, also mehr Achtung vor ihrer wirklichen inneren Ueberzeugung haben, und sagen, was ist. Nicht ein Sichgehörenlassen in der Erörterung der großen Fragen der Politik und Wirtschaft, sondern tüchtig mitgearbeitet, den Mund aufgetan, wenn es ge- geben ist, und auch unsere Meinung vertreten, wie es das Interesse und die Achtung unserer Partei gegenüber erheischt. Die ganze wirtschaftliche und politische Situation verlangt einfach, daß wir mehr aus unserer Reserve herausgehen und eine „Einheitspolitik“ in unserer Partei treiben. Einheitspolitik deshalb, weil tatsächlich jetzt eine Verschiedenheitspolitik in unseren Reihen getrieben wird. Und diese Verschiedenheitspolitik muß aus den Köpfen unserer Parteigenossen verschwinden. Jeder Tag lehrt aufs neue, daß die Politik der U. S. P. und A. P. D. uns immer tiefer ins Elend hineinführt. Nur eine konsequent durchgeführte Politik kann uns nach und nach aus dem politischen und wirtschaftlichen Chaos her- ausführen. In dieser großen uns gestellten Aufgabe müssen endlich die Parteigenossen konsequent mitarbeiten und nicht diese Zwitter- politik aufheben und selbst mitmachen, wie es leider ein großer Teil bisher getan hat. Auch unsere Presse hat unter der falschen Politik zu leiden. Die Laune unserer Genossen — die ungeschöne Politik ihrer Partei gegenüber kann man direkt sagen — hat schon dazu geführt, daß selbst Genossen in führender Stellung es nicht ein- mal für nötig erachten, ihrer Presse davon Mitteilung zu machen — mündlich oder telephonisch — wenn eine wichtige Versammlung oder sonstige die Allgemeinheit betreffende Veranstaltung stattfindet. Die Redaktion ist nicht immer in der Lage, alles zu erfahren. Und aus diesem Grunde muß jeder Genosse, der etwas für die Zeitung Wichtiges hat, dieser auf irgendeinem Wege Mitteilung machen. Nur wenn so gearbeitet wird in unserer Partei für unsere Presse, dann wird auch die Zeitung interessant und für die Arbeiterschaft von Nutzen sein. Kritik wird sehr oft an der Presse geübt, aber mitzuhelfen, daß die Kritik in einem günstigen Lichte erscheint, dazu verhalten uns die wenigsten Parteigenossen. Und warum? Weil die Selbstachtung, das Selbstbewußtsein in einem großen Teile unserer Genossen vor ihrer eigenen Partei abgeht. Deshalb sei nochmals wiederholt: Mehr Selbstachtung vor der eigenen inneren Ueber- zeugung!

Das Ende der Arbeitslosentransporte.

Es ist in letzter Zeit viel diskutiert und oeklagt worden über den Abtransport der Arbeitslosen nach dem Kohlenrevier. Und das mit Recht. Die Ermittlungen der Beauftragten des Vollzugsaus- schusses haben ergeben, daß Lebens- und Wohnungsverhältnisse, die man unseren arbeitnehmenden Genossen zumutet, tatsächlich allen Anforderungen, die man zu stellen berechtigt ist, Gohu sprechen. Ganz besonders übel sieht es mit der Beschaffung menschenwürdi- ger Wohnstätten aus. Und liegt ein Brief eines Genossen aus Posen vor. Darin warnt dieser alle Verheirateten, mit ihren Familien an die neuen Arbeitsorte überzusiedeln, da — sofern es überhaupt noch Wohnungen gibt — diese den Schweinefällen gleichen. Die Bergmannsheimen sind nur eine Farce auf menschliche Wohnungen. Wenn versucht wird, den Wirt zur Rede zu stellen, so hat dieser als Antwort nur die Worte übrig: „Euch Danziger Polaken schmeiß ich alle raus!“ Unser Gewährsmann schreibt, daß Polen und Italiener besser angesehen seien als die Danziger. Die Gründe — Lohnrückerei — liegen ja klar auf der Hand. Nachdem Klarheit über die tatsächlichen Verhältnisse im Kohlen- revier vorlag, hat sich nun unser Beauftragter vom Vollzugs- ausschuss beim Magistrat, Genosse G r e w e, mit den Behörden in Verbindung gesetzt, um schleunigste Abhilfe zu schaffen. Er hat er- reicht, daß im besten Fall mehr Verheiratete zur Bergmannsarbeit vermittelt werden. Unverheiratete dürfen nur auf eigenen Wunsch ver- schickt werden. In den nächsten Tagen wird eine Kommission nach dem Kohlenrevier reisen, die an Ort und Stelle die Arbeits- verhältnisse studieren soll. Sie wird sich zusammensetzen aus Ver- tretern des Magistrats und Mitgliedern des Vollzugsausschusses und des Arbeitslooserrats. Rünftig wird man sich mit dem Arbeit- lerrat der betreffenden Gruben in Verbindung setzen und erst dann Vermittlungen vornehmen, wenn dieser durchaus befriedigende Auskunft erteilt hat. Mit dem Erreichten wird aller Teiles gebient sein. Es wird immer durch ruhig sachliche Arbeit mehr ausgerichtet als durch großes Geschrei.

Haben Arbeiterräte das Recht zur Bornahme von Hausfuchungen?

Das Recht der Mitglieder der Arbeiterräte zur Beschlagnahme und Hausfuchung ist nach dem Schöffengericht nun auch die Berufungsinstanz. Das Arbeiterratsmitglied S o m m e r in Chra nahm in Begleitung zweier Polizeibeamten bei dem Fuhr- halter Korngräber nachts eine Hausfuchung vor, weil er glaubte, einem Schleichhandel auf die Spur gekommen zu sein. Korn- gräber machte Anzeige wegen Hausfriedensbruchs, und das Schöffengericht verurteilte Sommer zu 300 M a r k G e l d s t r a f e, da er nach Angabe des Landrats v. Unger, damals zur Hausfuchung nicht berechtigt gewesen sei. Sommer legte Berufung ein und die Berufungsinstanz erkannte auf Freisprechung aus folgenden Gründen. Der Landrat hat Sommer das Recht zur Beschlagnahme erteilt. Das Recht zur Beschlagnahme u. z. Hausfuchung haben jedoch nur diejenigen Polizei- und Sicherheitsbeamten, die Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft sind. Welche Beamtenklasse Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft ist, bestimmt die Landesregierung. Ob Sommer zu dieser Beamtenklasse gehörte, bleibe dahin gestellt. Das Recht zur Durchfuchung war ihm jedenfalls nicht verliehen. Som- mer hielt sich berechtigt, auch Durchfuchungen vorzunehmen. Das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit hat ihm auf jeden Fall gefehlt.

„Anstalts-Schokolade.“ Die amtliche Untersuchung der in Deutschland massenhaft feilgebotenen Anstalts-Schokolade hat fol- gende Zusammenfassung ergeben: viel Ananasmehl, etwas Weizen- mehl, Weizenmehl, Fett, etwas Zimt und Kakaochalen. Die Ware ist durchaus minderwertig und dem Verkaufspreis entsprechend viel zu teuer.

derungen der Eisenbahner wohl als berechtigt anerkennen und den festen Willen haben, den Eisenbahnern zu helfen. Die Versammlung hält aber nach wie vor an ihren For- derungen fest und erwidert, daß die maßgebenden Körper- schaften auch ihren Willen in die Tat umsetzen werden. Zur Kohlenverforgung für Hausbrand und Industrie steht die Versammlung auf dem Standpunkt, daß sie die Verant- wortung nicht auf sich nehmen kann und will, die entsteht, wenn die Schuld des Zusammenbruchs auf die Eisenbahner fallen würde. Die Versammlung sprach sich ferner gegen jede Art von Akkordarbeit aus. Diese Entschlieung soll der preußischen Landesversammlung, der Nationalversammlung und dem Eisenbahnministerium unterbreitet werden.

Oberschlesisches.

Breslau, 31. Aug. (W. L. Z.) Wie das Generalkommando des 6. Armee-Korps meldet, griff eine starke feindliche Bande gestern Klein-Gorshau an, das vorübergehend geräumt wurde. Beim Ein- treffen von Verstärkungen ging der Feind über die Grenze zurück. In der Gegend Soltowitz fanden mit Wunden an der Grenze Zu- sammenstöße statt.

Breslau, 29. Aug. (W. L. Z.) In der Sitzung der Entente- kommission im Breslauer Landeshause gab Oberpräsident Philipp seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß der Abgeordnete Korjantch seinem Ersuchen ihm die Adressen von polnischen Vertrauensleuten zur Teilnahme an der Breslauer Versprechungen namhaft zu machen, nicht entsprochen habe. Die Erklärung Korjantch in der „Gazeta Opolska“, daß Oberpräsident Philipp ihm kein Wort von einem solchen Ersuchen gesagt habe, entspricht nicht den Tatsachen.

Keine Ministerpensionen mehr.

Einer der unsinnigsten Vorwürfe unserer Gegner von rechts und links ist der, daß Sozialdemokraten nach einfluß- reichen Stellen im Staat streben, an Ministerposten kleben, des Einkommens wegen. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie bei ihrem Einfluß auch Personen für die leitenden Stellen in Verwaltung, Staat und Reich lie- fern muß. Aber vom Kleben an solchen Posten kann keine Rede sein und von besonderen Vergünstigungen ebenso- wenig. Als in Preußen die Posten der parlamentarischen Unterstaatssekretäre geschaffen wurden, bestimmte man aus- drücklich, daß damit kein Pensionsrecht verbunden ist. Scheidet der Unterstaatssekretär aus seinem Amt, so be- kommt er nicht wie früher Pension.

Ebenso teilte Erzberger am 13. August 1919 in der Nationalversammlung mit, daß die Reichsminister Gehalt nur bis zum Tage ihres Abgangs und nachher keinerlei Entschädigung oder Pension bekommen. Nur die einzelnen Beamten, die auf Grund der Befehle Pensionsberechtigung haben, behielten diesen Anspruch auch dann, wenn sie Mi- nister werden.

Sozialdemokratische Lehrer zum Schul- kompromiß.

Die Ortsgruppe Groß-Berlin der Arbeitgemeinschaft sozial- demokratischer Lehrer nahm in einer außergewöhnlich stark besuch- ten Sitzung am 23. August zum Schulkompromiß in der Verfassung Stellung. Nach einem ausführlichen Referat des Unterstaatssekre- täre Genosse Heinrich Schulz und einem Kontrastreferat des Genossen Pöcker folgte eine lebhafte und ausgedehnte Diskussion, an deren Schluß mit allen gegen vier Stimmen die nachstehende Re- sultation angenommen wurde:

Die Ortsgruppe Groß-Berlin der Arbeitgemeinschaft sozial- demokratischer Lehrer bedauert, daß die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung dem Schulkompromiß zustimmen ge- zwungen war. Sie erkennt aber die Gründe an, die zu dieser Not-wendigkeit führten: sie sieht sie vornehmlich in der schwierigen politischen Lage Deutschlands beim Friedensschluß, ferner in der Zerschmetterung der sozialdemokratischen Parteien und endlich in der abnehmenden Haltung der Demokraten gegenüber der weltlichen Schule. Die Versammlung stellt fest, daß durch das Schulkompromiß die weltliche Schule gleichberechtigt neben die bisherigen Schul- formen gestellt worden ist. Sie fordert alle Kollegen die auf dem Boden der weltlichen Schule stehen, besonders alle Mitglieder der Arbeitgemeinschaft auf, als wichtigste Aufgabe der nächsten prakti- schen Arbeit die Aufklärung der Erziehungsberechtigten über Wesen und Nutzen der weltlichen Schule zu betrachten und für sie die nötigen Schritte und Mittel zu erwärmen.

Schlußbesetzung der U. S. P.

Am 9. und 10. September findet in Berlin, wie die „Freiheit“ meldet, eine Reichsbesetzung der Unabhängigen statt. Als Tages- ordnung ist vorgesehen: 1. Die politische Lage. Referent Genosse G r e w e. 2. Die Frage der Beteiligung an den Regierungen Referent G o l d m a n n. 3. Die parlamentarische Referent G r e w e. 4. Presse und Organisations Referent R i t t m a n n. 5. Die Gewerkschaftsfrage. Referent K o e n i g. Die Besetzung hat nur informativ Charakter. Die Beschlüsse werden am Freitag zu. Die Erörterung über die Beschlüsse an den Landesregierungen ist infolge der Beschlässe der Reichsbesetzung abgesehen.

Sozialdemokratische Agitation im Elßaß.

Am 22. August. Nach dem „Revoler Sonntag“ ist seitens der sozialdemokratischen Parteileitung ein in Elßaß hergestelltes Flug- blatt an die dort lebenden sozialdemokratischen Parteimitglieder gelangt, das die Ursachen der Notlage gegen die jetzige französische Regierung erklärt. Ein Teil der französischen Behörden wird auf dieses Flug- blatt gereagiert, es ist eine Demonstration der im Elßaß lebenden französischen Gruppen, die in den letzten Tagen abgehalten wurde, ist in absehbarer Zeit nicht zu denken.

Streit in den Papierfabriken.

Breslau, 31. August. Die „Breslauer Zeitung“ meldet aus Grottkow: In künstlichen Papierfabriken des Riesengebietes haben heute die Arbeiter wegen Arbeitsbedingungen die Arbeit niedergelegt. Es sollen rund 1000 Mann damit ist einer der wichtigsten Papier- erzeugungsgebiete der Provinz Schlesien betroffen worden.

Zweijährige Fuge für die Erweiterung Kattowitz.

In Kattowitz hat von dem Reich für die Erweiterung des dortigen Kattowitzer Eisenwerks ein Zuschuß von 100 Millionen Reichsmark bewilligt worden. Die Erweiterung soll in zwei Jahren abgeschlossen sein.

Die ersten Fruchtergebnisse.

Breslau, 1. Sept. Der „Revoler Sonntag“ meldet: Der erste Frucht- ertrag der 1919 deutschen Kriegsgewinnung hat vorseitigen Frucht- ertrag erreicht.

Positiv ging Schmidt dazu über, die Bauern- und Land- arbeitervereine sowie die Genossenschaften für eine bessere Ab- stellung und eine gerechtere Verteilung zu interessieren. Auf diesem Gebiete ist noch keineswegs alles erreicht, aber es sind vielversprechende Anfänge, namentlich durch die Mit- wirkung der städtischen Konsumvereinsgenossenschaften ge- schaffen worden. Ebenso ist im Kampf gegen den Schleich- handel bereits vieles erreicht worden. Hier haben die auf Schmidts Initiative geschaffenen Kontrollkommissionen aus Verbraucherkreisen vielfach gutes gewirkt. Hand in Hand damit ging eine wesentliche Ausgestaltung des Kriegsmüder- amts, das durch eine große Anzahl von Beamten in allen Teilen des Reiches ergänzt wurde.

Bei seiner allgemeinen Wirtschaftspolitik aber hat sich der Reichsernährungsminister bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge keineswegs auf unabänderliche Prinzipien festgelegt. Während er seinerseits darauf ausging, die all- gemeine Versorgung mit lebenswichtigen Nahrungsmitteln sicherzustellen, ging sein Bemühen auf der anderen Seite dahin, die Zwangsverwaltung bei einzelnen Nahrungs- und Futtermitteln zu lockern. So sind im Laufe der letzten We- nige die Hülsenfrüchte, das Pörrgemüse, das Pörrrohr, Fas- gemüse, Stroh, Heu, Hafer, Fier, Buchweizen und manche andere Artikel aus der Ueberzeugung heraus freigegeben worden, daß die Herstellung einer möglichst großen Elastizität des Verkehrs bestruend auf die übrigen Zweige der- Versorgung wirken würde.

Das zweite wichtige Mittel zur Hebung der durch den Krieg geschwächten Volkskraft war

die Neuregelung der Einfuhrpolitik.

die auf die Entschlüsse des Ministers hin unter die Leitung laumännische Sachleute gestellt wurde. Die hierfür geschaf- sene Einfuhrabteilung übernahm den Verkehr mit den Neu- tralen wie mit den Importeuren. Auf diese Weise wurde die Beschaffung der Einfuhrerlaubnis, die Erteilung der Aus- fuhrlizenzen und die Bereitstellung der Geldmittel wesentlich ver- einlicht. Da aber die Verbindung mit den Neutralen zur Schaffung des Devisens der deutschen Lebensmittelversorgung nicht ausreichte, wurden im Februar 1919 Verhandlungen mit den feindlichen Staaten wegen Ueberlassung von Le- bensmitteln eingeleitet. Sie führten zum Abschluß eines Ver- trages, in dem Deutschland das Recht für den Ankauf von 200 000 Tonnen Weizen, 70 000 Tonnen Fleisch und Fett monatlich zugesichert wurde. Trotz aller Wäh- rungs- und Transportschwierigkeiten gelang es, die für die Nahrungserhaltung der Bevölkerung erforderlichen Mengen Getreide zu importieren, auch wurden erhebliche Mengen Kartoffeln aus Holland, Polen und England eingeführt. Das Hauptgewicht wurde aber auf die Beschaffung von Fettwaren und Geflügelfleisch gelegt, die zunächst der Bevöl- kerung einiger Großstädte und der Industriebezirke zur Verfügung gestellt wurden.

Als eine seiner wichtigsten Aufgaben aber erkannte der Ernährungsminister den Beginn seiner Tätigkeit an

die Senkung der Lebensmittelpreise.

Dies ist ihm durch die Einstellung von 11 Milliarden Mark, die gemeinwirtschaftlich durch das Reich und die Ge- meinden zu übernehmen sind gelungen. Handelt es sich hierbei zunächst einmal um eine für drei Monate gedachte Maßnahme, so galt die Hauptaufgabe Schmidts der Vorbe- reitung eines allgemeinen Preisgesetzes auf dem inländi- schen Markt, deren erstes Ziel in einer Störung des Schleich- handels besteht. Hierfür ist zunächst einmal ein gerechter Ausgleich der Höchstpreise bedingt. Unter der Führung des Ministers sind eingehende Untersuchungen über die landwirtschaftlichen Produktionskosten und Betriebsverhält- nisse angestellt worden und ihre Ergebnisse, die in einer er- höhten Preissteigerung für landwirtschaftliche Erzeugnisse gipfeln, werden demnächst zur Veröffentlichung gelangen. Zur Deckung und Sicherung dieser Preissteigerungen bereits be- stimmt und in landwirtschaftlichen Kreisen herrscht die Ueberzeugung, daß die Methode dem Schleichhandel in ge- wissem Umfang das Wasser abgeraten hat, und daß im Winter wiederum eine bessere Sicherung mit Fleisch ein- treten wird.

Somit eine Förderung der Produktion auf dem Wege der Reichsregierung möglich ist, der das Reichsernäh- rungsministerium in Verbindung mit dem Reichsarbeits- ministerium die hierzu nötigen Schritte in die Wege ge- leitet. Es wurden Maßnahmen zur Unterstützung der

Ueberführung holländischer Arbeitskräfte auf das Land

und Veranlassung von Ueberführungsbeihilfen und durch Beschäftigung dieser Arbeiter mit den Selbstverforgern ge- wiesen. Mit der Bundesregierung ist die sich häufig über unzureichende Heranziehung zu den Erntearbeiten über Er- nährungsfragen bekannt gemacht, wurden engere Beziehungen anbahnt. Sie werden ihren Ausdruck unter anderem in der Aufnahme von drei weiteren Kontingenten der Bundesrepublik in das Reichsernährungsministerium.

Es ist in allem dem gesagt worden, daß sich trotz der Schwierigkeiten dank der energischen und klugen Arbeit des Reichsernährungsministers die Lage der gesamten Ernährung gesun- den dem immer neuen Jahre wesentlich besser gestaltet hat. Dieser Schritt hat in den von dem Reichsernährungs- minister getroffenen Maßnahmen und Maßnahmen, welche die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung und die land- wirtschaftlichen Verhältnisse im Elßaß betreffen, die Notlage der Bevölkerung zu lösen gewirkt. Es ist zu hoffen, daß die Maßnahmen der Reichsregierung die Notlage der Bevölkerung des Elßaßes abzumildern hat. H. G.

Lohnbewegung der Eisenbahner.

In Grottkow haben gegenwärtig Verhandlungen zwischen dem Gewerkschaftsrat der Eisenbahner und dem Reichsernährungsminister stattgefunden. Es ist nicht richtig, daß die Eisen- bahner keine Verhandlungen mit dem Reichsernährungsminister hätten. Sie sind mit ihm in engen Beziehungen. Wegen der Lohnbewegung sind am 11. September im Reichsernäh- rungsministerium die preußischen Landesregierungen be- rufen.

Am 22. September haben die Eisenbahner einen Antrag an den Reichsernährungsminister gestellt. Dieser lautet: Die Eisenbahner fordern eine Erhöhung der Lohn- bewegung. Es ist zu hoffen, daß die Verhandlungen zu einer Einigung führen werden.



# Beilage zur Volkswacht

Nr. 202

Montag, den 1. September 1919

10. Jahrgang

## Sigung des Parteiaususses.

Der Parteiaususschuss ist am Donnerstag zu zweitägigen Beratungen zusammengetreten, um nach dem Abschluss der Arbeiten der Nationalversammlung und insbesondere nach der Verabschiedung der Reichsverfassung zu der gegenwärtigen politischen Lage Stellung zu nehmen und Richtlinien für die Arbeit der Parteigenossen im Lande aufzustellen. Genosse David erstattete hierüber ein eingehendes Referat. Er wies nachdrücklich darauf hin, daß wichtige Forderungen des zweiten Teiles des Erfurter Programms nunmehr verwirklicht worden sind und daß die Politik der Unabhängigen und der Kommunisten mit dem Grundgedanken des Erfurter Programms im schärfsten Widerspruch steht.

Wenn auf manchen Gebieten noch nicht mehr erreicht worden ist, so liegt auch hier die Schuld wieder bei den Unabhängigen und den Kommunisten, deren Wägen von links ganz automatisch eine Erhöhung der reaktionären Gefahr mit sich bringen muß. Eine Befundung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland ist nur möglich, wenn der richtige Mittelweg, den die sozialdemokratische Partei stets eingehalten hat und weiter einhalten wird, nicht verlassen wird. Die Hauptaufgabe ist und bleibt die Wiederbelebung der Gütererzeugung.

### Sozialismus ist Arbeit.

Statt dessen zetteln die Pinksradikalen immer neue Streiks und die passive Resistenz in den Betrieben selbst an. So erleben wir in dieser Zeit, wo wir wie noch nie auf eine Vermehrung der Gütererzeugung angewiesen waren, ein Sinken der Erzeugung, verbunden auf der anderen Seite mit dem Streben nach höheren Löhnen und höheren Gehältern, kurz eine Vermehrung des Papierumlaufes, aber eine Verringerung der Waren, die man kaufen könnte.

Die Partei muß den Mut haben, gegen diese verhängnisvolle Entwicklung mit aller Schärfe aufzutreten, denn wenn die Unabhängigen mit ihren Wühlerereien zweifellos manchem Kapitalisten einige unruhige Stunden bereiten, so ist es in noch viel höherem Grade die arme Bevölkerung, die schließlich und endlich darunter leiden muß. Hätten wir Kohle, dann hätten wir Baumwolle und Nahrungsmittel, dann hätten wir auch Transportmittel, weil dann ja alle Betriebsstätten arbeiten könnten. Wir müssen den Massen auch immer und immer wieder sagen, was politisch errungen ist, daß wir heute

### politische Freiheiten

haben, wie sie noch vor Jahresfrist als wir um ein vernünftiges Wahlrecht in Preußen kämpften, niemand auch nur geahnt hat. Heute sitzen Sozialdemokraten in den leitenden Stellen, und nun müssen allerdings auch die Anhänger der Partei im Lande sich der Regierung gegenüber anders stellen als früher. Mit der bequemen Opposition hat es ein Ende, Angriffe gegen die Regierung vertretene Partei. Das bringt viele Unbequemlichkeiten mit sich. So mußte auch auf steuerlichem Gebiet positive Arbeit geleistet werden, die stets undankbarer ist als die reine Bekämpfung. Die Parteipresse hat das vielfach noch nicht ganz begriffen. Die Zukunft, die vor uns liegt, ist düster. Der Winter kann uns schlimme Ver-

hältnisse bringen. Aber wenn uns die weltgeschichtliche Aufgabe gelingt, zu verhüten, daß

### die Extreme von links und rechts,

durch die alle Revolutionen der früheren Zeiten hindurch mußten, ans Ruder kommen, und wenn wir damit von unserem Volke das Chaos fernhalten, dann werden spätere Geschlechter einst anerkennen, welches Verdienst wir uns nicht nur um unser Volk, sondern um die Menschheit erworben haben.

Genosse David regte an, in volkstümlich geschriebenen, für die Massenverbreitung bestimmten Broschüren diese Gedanken ins Volk zu werfen.

An das Davidsche Referat schloß sich eine gründliche Aussprache.

Bogel-Nürnberg wandte sich gegen die Haltung der preußischen Regierung bei der Frage der direkten Reichsteuern und fragte, ob der Vorstoß Südekums in der Nationalversammlung im Einverständnis mit der Fraktion in der preußischen Landesversammlung geschehen ist.

Schlich-Breslau erwiderte als Mitglied der Landesversammlung, daß er davon keine Kenntnis gehabt habe und mißbilligt diesen Schritt Südekums als eine Eigenmächtigkeit. Er forderte ein schnelleres Vorgehen bei der Landaufteilung und warnte vor einem weiteren Abbau der Zwangswirtschaft.

Hünlich-Rüstringen warnte auf Grund der Erfahrungen bei den ostpreussischen Landtagswahlen vor jedem Zusammengehen mit den Unabhängigen und Kommunisten. Die einzige Folge eines solchen Zusammengehens wäre letzten Endes ein Vermischen des Gegensatzes gegen links und eine

### Irreführung der breiten Massen.

Ein schnelleres Vorgehen in der Siedlungsfrage wäre gewiß wünschenswert, aber es sei einfach unmöglich, bei der Landaufteilung den Kleinbauern soweit entgegenzukommen, daß sie sich deshalb der Sozialdemokratie anschließen. Die Partei müsse das Hauptgewicht vielmehr auf die Gewinnung der Landarbeiter legen.

Walgaud-Brernen meinte, daß auch die parteigenösslichen Minister vielfach die Fühlung mit den Massen verloren hätten. Das eigenmächtige Vorgehen Südekums beweise das. Gegenüber der Forderung Davids, nicht mehr zu opponieren, sondern die Regierung zu schützen, müsse verlangt werden, daß auch die Regierungsmitglieder etwas mehr Vertrauen zu den Parteigenossen haben. Nach der Verlegung der Nationalversammlung nach Berlin werde das ja besser werden. Wegen der nächsten Wahlen gebe man sich in weiten Parteifreien allzugroßen Beschränkungen hin. Gewiß würden die Kämpfe hart werden, aber es wird schon gehen.

Klose-Deuthen legte die Zusammenhänge der nationalpolnischen und spartakistischen Bewegung bei den letzten

### Puischen in Oberschlesien

vor und bezeichnete die Verkehrsnot, nicht die mangelhafte Förderung als Hauptursache des Kohlenmangels.

Bröhner-Eberfeld wies auf die mangelhafte Berichterstattung über die Verhandlungen in Weimar hin und betonte weiter, daß die Partei noch viel größere Zuge-

stände von den bürgerlichen Parteien hätte erreichen können, da

### ohne die Sozialdemokratie keine politische Arbeit

in Deutschland mehr geleistet werden könnte. Thöne-Cassel warnte vor übertriebenen Hoffnungen in der Siedlungsfrage. Die Ausführungsbestimmungen liegen noch nicht einmal der Landesversammlung vor, so daß in diesem Herbst überhaupt nichts mehr geschehen kann. Der Kampf gegen rechts ist gewiß notwendig, aber der Kampf gegen links darf nicht vernachlässigt werden. Jedes Kompliment nach links führt ins Verderben.

Leuterich-Hamburg verwies auf die guten Erfolge der Hamburger Genossen gegen jeden politischen Streit.

Söbe-Breslau regte eine ständige Verbindung zwischen den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern und der Fraktion in der Nationalversammlung und in der Landesversammlung an. Viele Zwiste werden sich dann leicht vermeiden lassen.

### Die Gefahr von rechts

darf auch nicht unterschätzt werden.

Krüger-Berlin: Ein erfolgreicher rücksichtslos geführter Kampf gegen links beseitigt die von rechts drohende Gefahr ohne weiteres. Die Unabhängigen stehen im Augenblick an einem entscheidenden Wendepunkt. Ihr linker Flügel hat sich ganz den Kommunisten verschrieben und der rechte Flügel, der das nicht mitmachen und andererseits sich uns nicht anschließen kann, schwebt in der Luft. Diesen Reinigungsprozess können wir günstig beeinflussen, wenn wir ganz konsequent eine Politik gegen links führen und uns von dem Einigungsformel freimachen.

Hermann Müller: Die Gefahr von rechts ist deshalb nicht groß, weil die deutsche Arbeiterklasse sich ein monarchisches Regiment einfach nicht gefallen lassen würde. Den Unabhängigen aber müssen wir ins Gesicht sagen, daß sie nicht den Mut haben, das zu scheitern, was sie in Wirklichkeit sind, nämlich Anhänger der dritten Rosa-tauer Internationale. Das sehen die Arbeiter aber glücklicherweise in steigendem Maße ein.

## Die russische Rote Armee.

Der unter unabhängigem Einfluß stehenden Arbeiterschaft schwebt als militärisches Ideal eine „Rote Armee“ vor, in der es keine „gegenrevolutionären Offiziere“ gibt, die nur besteht aus Proletariern. Als Vorbild schwebt ihnen dabei die Rote Armee Rußlands vor. Aus mancherlei Schilderungen und nicht zuletzt aus den Briefen Obbergs haben wir erfahren, daß es auch im Sowjet-Rußland nicht ohne Offiziere des alten Systems geht. Nunmehr veröffentlicht die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ eine Reisebeschreibung eines ihrer Mitarbeiter aus dem bolschewistischen Rußland. Er erwähnt darin eine Rede Leo Trotzky's, die er auf einer Frontreise vor Einwohnern einer Mittelstadt über die Rote Armee gehalten hat.

Nach seinen Ausführungen übernahm Trotzky nach der Unterzeichnung des Friedens von Brest-Litowsk die Aufstellung einer Roten Armee aus den trostlosen Trümmern eines 14-Millionen-Volkes, das zerstört durch Entbehrungen, seelisch zermüht und zerstreut war. Raub, Mord und Auflösung herrschten in allen Teilen.

## Berminal.

Roman von Emile Zola.

(Fortsetzung.)

Das war richtig, Katherine war vielleicht anderswo.

„Laß mich in Frieden!“ schrie Zacharie während. „Sie ist da, ich weiß es.“

Frau Mahou hatte sich wieder geföhrt und wartete stumm, mit unbeweglichem Gesicht.

Als die Nachricht in Montjou eintraf, gab es einen Zug von Beuten. Man sah nichts, aber man blieb dennoch da; man mußte die Neugierigen in angemessener Entfernung halten. Unten wurde Tag und Nacht gearbeitet. Aus Besorgnis, daß man auf ein Hindernis stoßen könnte, hatte der Ingenieur drei Wege in absteigender Richtung durch die Ader schlagen lassen, die nach dem Punkte liefen, wo man die eingeschlossenen Arbeiter vermutete. Ein einziger Hauer konnte in dem engen Schlauch die Kohle schlagen; alle zwei Stunden ward er abgelöst; die Kohle ward in Körben hinauf befördert, die von Hand zu Hand gingen, durch eine Kette von Menschen, die sich in dem Maße verlängerte, als man in dem Loch vordrang. Anfanglich ging die Arbeit sehr rasch; man kam an einem Tage sechs Meter weit.

Zacharie hatte die Erlaubnis erhalten, mit zu der äußersten Mannschaft zu gehören, die die Gänge anlegte. Es war dies ein Ehrenposten, um den man sich stritt. Und er ergrünte, als man nach den vorgeschriebenen zwei Stunden schwerer Arbeit ihn ablösen wollte. Er prellte die Kameraden um ihren Anteil an der Arbeit und weigerte sich die Spitzhade aus der Hand zu legen. Sein Weg war den andern bald voran; er bearbeitete die Kohle mit einem solchen Feuereifer, daß man aus dem Schlauche seinen pflanzenden Atem hörte, der aus einer unterirdischen Schmiedehütte zu kommen schien. Als er schwarz und beschmutzt, von der Müdigkeit behäupt hervorgefroren war, sank er zu Boden; man mußte ihn in eine Decke hüllen. Dann stieg er — noch wankend — wieder hinauf und der Kampf begann von Neuem, die schweren dumpfen Schläge, die unterdrückten Amlagen, ein siegreiches Gemisch. Das Schlimmste war, daß die Kohle jetzt hart wurde; zweimal zerbrach er seine Geräte in seiner Verzweiflung, nicht rasch genug vorwärts zu kommen. Er litt auch durch die Hitze, die mit jedem Meter, um den er vordrückte, zunahm und unerträglich wurde in der Tiefe dieses engen Schlundes, wo es keine Luftbewegung gab. Wohl war ein Handventilator in Tätigkeit gesetzt worden; allein die Lüftung wollte nicht recht gelingen; dreimal wurden ohnmächtige Säuer heraufgeholt, die zu ersticken drohten.

Régret lebte mit seinen Arbeitern in der Grube. Man brachte ihm dahin seine Mahlzeiten; zuweilen schloß er zwei Stunden auf einem Bund Stroh, in seinem Mantel gehüllt. Der Mut aller ward aufrecht erhalten durch das Fischen der Unglücklichen da unten.

durch den immer deutlicher vernehmbaren Anruf, den sie an die Kohlenwand schlugen, damit man sich beeile. Der Anruf kante jetzt sehr hell, mit einer musikalischen Klangfülle, wie auf den Klappen einer Harmonika. Der Anruf gab den Arbeitern die Richtung; bei diesem kristallhellen Geräusch drangen sie vor, wie man in den Schichten bei dem Anodenbrenner vordrückt. Jedesmal, wenn ein Hauer abgelöst wurde, stieg Régret hinauf, klopfte an die Wand und preßte sein Ohr daran; und jedesmal — bis jetzt — war rasch und dringlich die Antwort gekommen. Er hatte keinen Zweifel mehr; man bewegte sich in der rechten Richtung; aber welche verhängnisvolle Langsamkeit! Man wird gewiß nicht rechtzeitig ankommen. Wohl hatte man in zwei Tagen dreizehn Meter abgeschlagen; allein, am dritten Tage brachte man nur mehr fünf Meter fertig, am vierten Tage nur drei Meter. Die Kohle wurde immer dichter und härter, in dem Maße, daß man jetzt kaum zwei Meter in einem Tage abteufte. Am neunten Tage war man — nach übermenschlichen Anstrengungen — zweiunddreißig Meter tief eingedrungen und man berechnete, daß man noch zwanzig Meter durchzuschlagen habe. Für die Gefangenen begann der zwölfte Tag, zwölfmal vierundzwanzig Stunden ohne Brot, ohne Feuer, in eisiger Finsternis! Dieser entsetzliche Gedanke trieb allen die Tränen in die Augen und verließ den ermattenden Armer neue Kraft zur Arbeit. Es schien unmöglich, daß Christenmenschen länger aushalten könnten; die fernsten Schläge wurden seit gestern schwächer; man zitterte jeden Augenblick, daß sie ganz aufhören könnten. Frau Mahou erschien jeden Tag regelmäßig, um sich an der Mündung des Schachtes niederzusetzen. Sie brachte auf ihrem Arm Stühle mit, die nicht vom Morgen bis zum Abend allein bleiben konnten. Stunde um Stunde verfolgte sie so die Arbeit, teilte die Hoffnungen und die Entmutigung der Arbeiter. In den harrenden Gruppen, und weit umher, bis nach Montfer, gab es eine fieberhafte Erwartung, einen endlosen Austausch von Meinungen und Bemerkungen. Alle Herzen des Landes schlugen dort unten, unter der Erde.

Als man am neunten Tage zur Frühstücksstunde Zacharie rief, um ihn ablösen zu lassen, antwortete er nicht. Er war wie wahnfinnig und hieb unter fortwährenden Flüchen auf die Wand ein. Régret, der einen Augenblick den Gang verlassen hatte, konnte ihn nicht zum Gehoriam bringen; und es war nur mehr ein Aufseher mit drei Köhlern da. Ohne Zweifel hatte Zacharie, weil er ein schlechtes Licht hatte und während war über den flackernden Schein, der ihn in der Arbeit hinderte, die Unflughheit begangen, seine Lampe zu öffnen. Man hatte dies streng verboten, um schlagende Wetter zu verhüten; das Gas lagerte in einer enormen Masse in diesen engen, luftlosen Schläuchen. Plötzlich gab es einen Donner-schlag und eine Feuergeräusche schob aus dem Schlauch hervor, wie aus dem Rohr einer Kanone. Alles flammte; die Luft entzündete sich, wie Schießpulver, von einem Ende der Galerien bis zum andern. Dieser Flammenstrom riß den Aufseher und die drei Arbeiter mit sich fort, fuhr durch den Schlund empor und brach mit großer Ge-

walt hervor, Steine und Balkentrümmer weit umher streuend. Die neugierig harrenden Leute ergriffen die Flucht; Frau Mahou erhob sich, das entsetzt ausschreiende Kind an ihre Brust drückend.

Als Régret und die Arbeiter zurückkehrten, wurden sie von einem furchtbaren Jörn ergriffen. Sie stampften mit ihren Stiefel-Abdrücken die Erde, wie eine Stiefelmutter, die in den blöden Lunen ihrer Grausamkeit ihre Kinder tötet. Man opferte sich auf, um Kameraden zu Hilfe zu eilen und nun mußte man noch wahr Leute verlieren! Nach drei Stunden mühseliger und gefährlicher Arbeit konnte man endlich in die Galerien eindringen und die Opfer heraus-schaffen. Weder der Aufseher, noch die Arbeiter waren tot; doch waren ihre Leiber mit furchtbaren Wunden bedeckt, die einer abscheulichen Geruch von verbranntem Fleisch verbreiteten. Sie hatten Feuer getrunken, das ihnen selbst die Kehlen verbrannte; und sie stießen ein unablässiges Geheul aus und stöhnten, man möge ihnen den Rest geben. Einer der drei Grubenarbeiter war jener Mann, der während des Streikes die Pumpe zu Gaston-Marie mit einem letzten Streiche seiner Hacke in Trümmer geschlagen hatte; die Anderen hatten zerschundene Hände, weil sie Ziegelstücke nach den Soldaten geschleudert hatten. Die bleich, lebende Menge entblöhte das Haupt, als die Verunglückten vorübergetragen wurden.

Frau Mahou wartete aufrecht stehend. Endlich kam Zacharies Leiche zum Vorschein; die Kleider waren verbrannt, der Körper unerkennlich, zu einem einzigen Stück verkohlter Kohle geworden. Der Kopf war nicht mehr da; er war infolge der Explosion verschwunden. Als man diese Schauer erregenden Reste auf eine Tragbahre gesetzt hatte, folgte die Mahou mechanisch, mit glühenden, tränenerfüllten Augen. Sie hielt die schlotternde Fackel in der einen Hand und trat — eine tragische Gestalt mit Regensmantel — davon. Als der traurige Zug im Dorfe ankam, war Philomène wie vom Donner gerührt. Ihre Augen verwandelten sich in einen unerschütterlichen Tränenquell und dies brachte ihr Gedächtnis. Doch schon war die Mutter nach Neuquill zurückgekehrt; sie hatte dem Sohne das Geleit gegeben und kam jetzt zurück, um die Tochter zu erwarten.

Dann vergingen noch drei Tage. Unter unerhörten Schwierigkeiten hatte man das Rettungswort wieder aufgenommen; die Rettungswege waren glücklicherweise infolge der schlagenden Wetter nicht eingestürzt; aber es herrschte darin eine so schlechte Luft, daß man noch weitere Ventilatoren hatte aufstellen müssen. Alle zwanzig Minuten wurden die Hauer abgelöst. Die Arbeit machte Fortschritte, man war kaum mehr durch zwei Meter von den Kameraden getrennt. Allein, sie arbeiteten jetzt mit schwerem Herzen und hieben nur auf die Kohle los, um an ihr Rache zu nehmen; denn das Klopfen hatte aufgehört, der Anruf ließ nicht mehr seinen hellen gemessenen Schall vernehmen. Man war am zwölften Arbeitstage und am fünfzehnten Tage nach der Katastrophe, und seit dem Morgen war eine Totenstille eingetreten.

(Fortsetzung folgt.)



als wir Soldaten dann endlich zur Herrschaft gelangten... zu bilden... Kräfte... aber leider sah er sich genötigt... um die Herz von Spezialisten nicht völlig zu entlassen...

reichen Aufschwung... Die niederländische Sozialdemokratie... die Partei zählt heute rund 80 000 Mitglieder...

Dennoch steht die sozialdemokratische Partei... im Fels... Jahr Einfluss auf die bestorganisierten der kämpfenden Arbeiter ist ungediegen...

### Soziales.

#### Ein deutsches Gesundheitsparlament.

Um zu einer wirksamen Gesundheitsgesetzgebung zu kommen, die gerade jetzt am notwendigsten ist... Gesundheitsparlament erforderlich...

Der Deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege hat... Einladungen zur Bildung eines solchen Gesundheitsparlaments...

### Volkswirtschaft.

#### Die Entwicklung der Metallindustrie.

Die letzten Jahre sind Jahren einwandernder wirtschaftlicher Umwälzungen... Jeder konnte sich nur an Einzelercheinungen...

Table with 4 columns: Year, Total number of workers, Average wage, and Average workday. Data for years 1907-1918.

Die Ziffern zeigen eine ständige Entwicklung nach aufwärts... Der Kriegsausbruch brachte zunächst einen Rückgang...

Bei den angegebenen Ziffern handelt es sich aber um die Löhne für Arbeiter mit 300 Arbeitstagen... Am höchsten sind die Löhne bei der Gärten- und Holzwerkzeuggenossenschaft...

Die Zahl der Betriebe hat sich in den letzten Jahren so gut wie gar nicht verändert... Im übrigen ist sie bei den einzelnen Berufsgenossenschaften recht verschieden...

### Aus aller Welt.

#### Eine feine Nummer.

Das französische Kriegsgericht in Landau verurteilte den Buchdruckermeister Ludwig Ziegler in Neustadt a. G. zu 6 Monaten Gefängnis und 1200 Franken Geldstrafe...

#### „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut.“

Vor kurzem verunglückte am Bahnhof Seihen (Nahrbereich) ein Mann, es wurden ihm beide Beine abgefahren... Eisenbahnarbeiter brachten den Verunglückten, weil schnelle Hilfe dringlich war...

### Parteinachrichten.

#### 25 Jahre Sozialdemokratie in Holland.

Am 22 August ist ein Vierteljahrhundert seit der Gründung der holländischen sozialdemokratischen Partei... Sozialdemokratische Arbeiterpartei der Niederlande...

Die niederländische Sozialdemokratie ist im Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts entstanden... politische und soziale Verantwortung des Anarchismus...

Der letzte Jahresbericht an den Bund für den ganzen politischen und sozialen Kampf in Holland eine große Periode des Kampfs und glücklichen Sieges...

### Feuilleton.

#### Elektrische Heizung im Flugzeug.

Wegen unzureichender Stromspeicher... die Heizung im Flugzeug... elektrische Heizung... das Problem der Stromspeicherung...

Obwohl wie der Mensch, bedürfte aber auch die Maschinen der Heizung... der Motor, sich selber heizte... die Heizung im Flugzeug...

#### Süß ist es, für das Vaterland zu sterben.

11. Mär. 1918. Die Schwester von Rodolphe knickt auf weichen Euhlen hin... die Schwester von Rodolphe...

Unglücklichen. Einige flüsternde Worte der Schwester und eilig gleitet der Wärter an mir vorbei... die Schwester und eilig gleitet...

### Humor und Satire.

Wahres Gesichtchen. In der Selina befandste der Religionslehrer die biblische Familie Zacharias und Elisabeth... die biblische Familie Zacharias...







